22.05.2025

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Bors, Kaufmann, MAS, Gerstenmayer und Erber, MBA

zum Bericht der Landesregierung betreffend NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds, Niederösterreich-Werbung GmbH, Jahresbericht 2024, Ltg.-710/XX-2025

betreffend **Steuer- und Sozialversicherungsbeitragsbefreiung von Trinkgeldern**

Die Dienstleistungsbranche – allen voran Gastronomie und Tourismus - stellen eine starke und wichtige Säule der Wirtschaft dar. Trinkgelder sind in vielen Branchen ein Ausdruck der Kundenzufriedenheit. Das Trinkgeld drückt die Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden für ausgezeichnetes Service aus.

Seit der Corona-Pandemie haben sich vor allem in der Gastronomie viele Arbeitskräfte beruflich umorientiert. Eine Entspannung der Lage ist bis heute nicht eingetreten. Die Wirtschaft ist weiterhin mit einem ständigen Arbeits- und Fachkräftemangel konfrontiert.

Attraktivere Verdienstmöglichkeiten können einen wichtigen Anreiz zur Rückkehr bzw. für den Verbleib in die betroffenen Branchen bilden. Trinkgelder bringen daher nicht nur eine Wertschätzung für gute Serviceleistungen zum Ausdruck. Sie fördern darüber hinaus den lokalen Wirtschaftsstandort, indem sie zur Stärkung der Betriebe beitragen.

Nach aktueller Rechtslage sind Trinkgelder nur dann steuerbefreit, wenn sie unter anderem in ortsüblichem Maß anfallen und auf die Auszahlung kein Rechtsanspruch besteht. Außerdem gelten Trinkgelder von Dritten in der Sozialversicherung als Entgelt und unterliegen somit der Beitragspflicht. Für bestimmte Gruppen von Versicherten werden die Trinkgelder für die Beitragsberechnung pauschaliert, wobei es auch zu Unterschieden zwischen den Bundesländern kommt. Dies führt zu einer Schlechterstellung verschiedener Berufsgruppen. So führt beispielsweise eine Beteiligung des Küchenpersonals über eine gemeinsame Trinkgeldkasse in der

Gastronomie zu einer Belastung der gesamten Belegschaft durch die dann anfallenden Steuer- und Sozialabgaben. Hinzu kommt die Umsatzsteuerpflicht für erfassbare Trinkgelder bei Selbständigen.

Allen Arten von Trinkgeldern ist jedoch gemein, dass sie an der Quelle freiwillig als Belohnung für guten Service bezahlt werden. Die gegenwärtigen Regelungen führen dagegen zu einer schwer nachvollziehbaren Ungleichbehandlung der Betroffenen. Weitere Folgen sind hoher bürokratischer Aufwand und zusätzliche Betriebskosten für Arbeitgeber. Im Regierungsprogramm 2025-2029 sind die Evaluierung und die praxistaugliche Ausgestaltung der Regelungen für die Trinkgeldpauschale inkl. TRONC-Systeme geplant.

Eine Aufhebung der bestehenden eingeschränkten Steuerbefreiung von Trinkgeldern hätte zusätzlichen Aufwand auf Arbeitgeberseite sowie eine massive Schlechterstellung vieler Arbeitnehmer zur Folge. Die Attraktivität vieler Berufe würde weiter geschmälert und damit der Servicebereich weiter geschwächt. Das Ziel einer Neuregelung muss daher in einem Abbau der Bürokratie für Arbeitgeber und einer einheitlichen Verbesserung der Lage für die Beschäftigten in den Betrieben liegen.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung und insbesondere an den Bundesminister für Finanzen und die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz heranzutreten und diese aufzufordern, eine gesetzliche Steuer- und Sozialversicherungsbeitragsbefreiung für Trinkgelder umzusetzen.“